



OLIVER TADEN / LAIF

Kinder in Gelsenkirchener Tagesstätte: Mitunter zwei Betreuerinnen für 60 bis 70 Kinder

FAMILIENPOLITIK

Kampf um Erzieherinnen

Ursula von der Leyens Vorzeigeprojekt stößt vor allem in Großstädten an Grenzen: Das Personal für den Ausbau von Kinderkrippen wird knapp.

Es ist gerade mal drei Jahre her, erinnert sich Petra Krater, da galt der Beruf des Erziehers als Job ohne Zukunft. Viele Neueinsteiger bekamen den Rat, sich besser was anderes zu suchen: „Denen wurde gesagt, dass es immer weniger Kinder gibt – und deshalb auch immer weniger Erzieherinnen und Erzieher gebraucht würden.“

Heute ist Petra Krater, 44, glücklich über jeden Einzelnen, der trotzdem durchgehalten hat. Die Leiterin der Kindertagesstätte „Ovellackerweg“ in Gelsenkirchen soll nach den Sommerferien weitere 22 Kinder im Alter von ein bis zwei Jahren aufnehmen. Für die Betreuung der Kleinen fehlen ihr mindestens zwei Halbtagskräfte – und woher sie die nehmen soll, weiß die Kita-Chefin nicht: Selbst in Gelsenkirchen, einer Stadt mit mehr als 15 Prozent Arbeitslosigkeit, sei „der Markt für Erzieherinnen wie leergefegt“, sagt Krater.

In Gefahr gerät damit eines der ambitioniertesten Projekte der Großen Koalition. Wovon Experten schon frühzeitig warnten, ist nicht nur in Gelsenkirchen eingetreten, sondern auch in München und Berlin, Frankfurt am Main oder Dresden: Das Krippen- und Kinderbetreuungsprogramm von Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) droht durch schlichten Personalmangel ausgebremst zu werden.

Bis 2013 sollen nach einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern

mehrere Milliarden Euro in den Bau neuer Tagesstätten und Betreuungseinrichtungen gepumpt werden, um zumindest für 35 Prozent aller unter Dreijährigen genügend Plätze anbieten zu können. Dass dazu rund 75 000 Erzieherinnen zusätzlich gebraucht werden, hatten die Forscher des Deutschen Jugendinstituts in München bereits im Sommer 2007 vorausgesagt. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kam sogar auf einen Bedarf von bis zu 100 000 Erzieherinnen bis 2013 – was deutlich mehr wäre als die bestehenden Ausbildungsinstitutionen liefern könnten.

Die Mahnung verhallte folgenlos. Stattdessen erhöhten Bund und Länder den Druck auf kommunale und freie Kindergartenenträger noch weiter: Weil Deutschlands Schüler bei den internationalen Pisa-Tests bescheiden abschnitten, sollen sich die Kindergärten von Betreuungs- zu Bildungseinrichtungen wandeln und die Kleinen besser auf die Schule vorbereiten. Und weil der Arbeitsmarkt den Eltern flexiblere Dienstzeiten abtötigt, so verlangten Familienpolitiker, müssten auch die Öffnungszeiten der Kitas ausgeweitet werden.

Während der Personalbedarf folglich weiter steigt, ist der Mangel an Fachkräften schon jetzt, zu Beginn der Kita-Reform, deutlich spürbar. Bei einer Umfrage des Berliner Landeselternausschusses in 118 Einrichtungen hatten im vergangenen Sommer 94 Prozent der Eltern über zu wenig Personal geklagt und erschreckende Beispiele genannt. Weil Aufsichtskräfte fehlten, würden unternehmungslustige Kinder in den Laufstall gesteckt oder in einen Buggy geschmalt. Falle eine Erzieherin krankheitsbedingt aus, müssten Gruppen zusammengelegt werden, so dass sich mitunter zwei Betreuerinnen um 60 bis 70 Kinder kümmern müssten.

In den nächsten fünf Jahren werde sich die Lage noch verschärfen, meint der Elternausschussvorsitzende Burkhard Entrup. Gerade in Berlin und den Städten Ostdeutschlands seien viele Erzieherinnen schon zwischen 55 und 60 Jahre alt: „Wenn

die demnächst alle in Rente gehen, kriegen wir ein richtiges Problem“, sagt Entrup.

Bislang deckten die Großstädte ihren Bedarf an Erzieherinnen oft aus der Peripherie. Doch seit die Kita-Plätze auch dort ausgebaut werden, entschließen sich die Fachkräfte häufig, lieber heimatnah zu arbeiten. In München hat sich die Kündigungsrate der Erzieherinnen im Vergleich zu 2007 bereits verdoppelt, berichtet Günter Meindl von der Stadtverwaltung. In Frankfurt am Main hat Schuldezernentin Jutta Ebeling (Grüne) schon „einen Kampf um Erzieherinnen“ mit dem Umland angekündigt. Die vorhandenen Ausbildungskapazitäten in der Großstadt reichen nicht, um den steigenden Bedarf zu decken.

Doch selbst wenn die Zahl der Ausbildungsplätze sofort drastisch erhöht werden könnte, wäre das Problem nicht aus der Welt: In mehreren Bundesländern dauert die Erzieher-Ausbildung fünf Jahre – und die Konditionen für Berufsanfänger sind alles andere als reizvoll: 1496 Euro brutto bietet etwa die Stadt Dresden examinierten Erziehern als Einstiegsgehalt. „Viele haben am Monatsende gerade mal eine dreistellige Summe auf dem Konto“, sagt Sylke Franzke vom Dresdner Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen.

Verschärfend wirkt, dass die Erzieher-Fachschulen dank der guten Konjunktur mit einem wachsenden Angebot an bezahlten Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft konkurrieren. Ingeborg Schroeder, Leiterin der Frankfurter Berta-Jourdan-Fachschule, würde deshalb angehenden Erzieherinnen während der Ausbildung gern Stipendien anbieten: „Dann hätte ich genügend Bewerber, um sofort zwei Klassen zusätzlich aufmachen zu können.“

Schroeder sieht, wie viele Fachleute in den Kommunen, nur eine Möglichkeit, um den Personalengpass wenigstens abzumildern zu können: „Mehr Geld für Ausbildung und Gehälter der Erzieherinnen.“ Ursula von der Leyens Vorzeigeprojekt würde dadurch allerdings deutlich teurer.

MATTHIAS BARTSCH, CAROLINE SCHMIDT